

10 Punkte für eine kommunale Willkommensoffensive

Wenn es um die konkrete Lebenssituation der Flüchtlinge geht, sind in ganz praktischer Weise vor allem die Kommunen gefordert. Kommunen gestalten entscheidend das gesellschaftliche Klima vor Ort mit. Deswegen stehen sie im Zentrum der »10 Punkte für eine kommunale Willkommensoffensive«. Ein vorausschauendes

1. Grundrecht auf Asyl: Kommunen sollten klar Haltung beziehen, dass Asylsuchende und Flüchtlinge willkommen sind. Denn Asyl zu bekommen, ist das Grundrecht eines jeden Menschen.

2. Schutz vor Übergriffen: Gerade in strukturschwachen Regionen gibt es viele Engagierte, die im Falle einer Bedrohung für den Schutz von Flüchtlingsunterkünften sorgen. Sicherheit und Schutz vor Übergriffen sollten jedoch nicht auf die Zivilgesellschaft verlagert werden. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass die Polizei oder private Securityfirmen diese Aufgaben übernehmen. Das Sicherheitspersonal sollte weder aktuell noch in der Vergangenheit der rechtsextremen Szene nahe stehen oder durch rassistische Äußerungen auffallen.

3. Verantwortung übernehmen: Ehrenamtliches Engagement ist wichtig, darf aber nicht die professionelle Sozialarbeit ersetzen. Kommunen sollten – unterstützt durch Länder und Bund – Verantwortung übernehmen, um personelle wie finanzielle Ressourcen für spezialisierte Flüchtlingsberatungen zur Verfügung zu stellen, die auch Rechts- und Sozialberatung sowie interkulturelle Sensibilisierungskurse umfassen.

4. Transparenz und langfristige Planung: Die Anwohnerschaft sollte über die Neueinrichtung von Flüchtlingsunterkünften rechtzeitig und sachlich informiert werden. Die frühzeitige Einbeziehung und Mitsprache der Bevölkerung kann Vorurteile verhindern und langfristig Akzeptanz schaffen.

5. Flüchtlinge einbeziehen: Kommunen sollten sich für eine frühzeitige gesellschaftliche Teilhabe der Flüchtlinge einsetzen und dabei auch deren Bedürfnisse abfragen. Zudem müssen sie einen barrierearmen und diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen, Ausbildung und Arbeit schaffen.

Handeln der Kommunen ist unabdingbar. Denn politische Versäumnisse werden von der Bevölkerung oftmals nicht als Fehlentscheidungen einzelner politisch Verantwortlicher wahrgenommen, sondern führen vielmehr zu Vorurteilen und Hass und letztlich zu Angriffen auf geflüchtete Menschen.

6. Rassismus entgegenreten: Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung müssen zwar ernst genommen werden, dürfen aber nicht rassistische Argumentationen legitimieren. Bei Vereinnahmungsversuchen durch Rechtsextreme müssen Kommunen rechtzeitig intervenieren und sich offensiv gegen rechtsextreme und rassistische Aufmärsche, Aktivitäten und Parolen stellen.

7. Zivilgesellschaftliche Willkommensbündnisse unterstützen: Kommunen sollten Willkommensbündnisse unterstützen, indem sie Einrichtungen und Menschen vernetzen, die sich bereits engagieren oder dies tun möchten. Dafür sollten sie ihnen kommunale Räume und Ressourcen zur Verfügung stellen.

8. Netzwerke ausbauen: Bereits vor Ort bestehende Infrastrukturen aus Ämtern und öffentlichen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen, Flüchtlingsräten und -initiativen, Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Wohnungsbaugesellschaften und Gewerkschaften sollten als Schnittstellen besser vernetzt, qualitativ weiter entwickelt, ausgebaut und gestärkt werden.

9. Kooperationen mit Unternehmen: Unternehmen, die sich für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen, stellen wichtige Kooperationspartner für Kommunen dar. Denn diese können eine Vorreiterrolle einnehmen und das gesellschaftliche Klima positiv beeinflussen.

10. Selbstverpflichtung der Städte und Kommunen: Kommunen sollten Aktionspläne für eine langfristige Willkommens- und Teilhabekultur für Flüchtlinge formulieren. So schaffen Kommunen Transparenz und Überprüfbarkeit: Für Anwohnerinnen und Anwohner wird politisches Handeln nachvollziehbarer und transparenter.

